

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Blum, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Blum, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungsdirektion Seite 416. — Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2,25 Mk. ohne Befreiung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anfertigungsbühre: die 7gepostete Kolonialzelle 20 Pf., Inserate den auswärts 30 Pf., im Restland 10 Pf. Postfachkonto: Nr. 5253 Berlin. — Erwaigter Rabatt kann verlangt werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 31. Magdeburg, Mittwoch den 7. Februar 1917. 28. Jahrgang.

Nur ein Vorspiel?

Es geht im Stilltempo. Dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Amerika ist sofort ein zweiter Schritt gefolgt. Noch bevor der amerikanische Botschafter in Berlin offiziell von dem Abbruch der Beziehungen unterrichtet worden war, begann man in Amerika — die Wichtigkeit der Neuter-Meldungen vorausgesetzt — mit der Beschlagnahme deutscher Handelschiffe. Die Beschlagnahme ist, um es zart auszudrücken, ein entschieden sehr unfreundlicher Akt: er bildete das

Vorpiel zum Kriege

zwischen Deutschland und Portugal. Aber was ist Portugal? Jetzt sind es die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit der Beschlagnahme vorgehen, und die deutsche Presse registriert diese Tatsache und sagt weiter nichts dazu.

Ob das Verhältnis, in dem wir zu den Vereinigten Staaten stehen, als Krieg bezeichnet wird oder nicht, ist eine Frage, deren unmittelbare Bedeutung äußerst gering ist. Militärisch kommen, wie wir stets auch vor den neuen Entschlüssen der deutschen Regierung immer wieder betont haben, die Vereinigten Staaten als Gegner zunächst kaum in Betracht. In moralischer und wirtschaftlicher Beziehung sind sie Gegner von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wenn die Kopenhagener „Politiken“ sich aus London melden, daß Amerika auch im Falle eines Krieges zunächst nicht beabsichtigt, Truppen nach Europa zu schicken, da es dazu vor 1918 gar nicht in der Lage wäre, so hat diese Nachricht viel Wahrscheinlichkeit für sich. Trotzdem wird die Vorstellung, daß sich hinter der europäischen Front jenseits der Atlantis eine

hundert Millionen Köpfe starke Reserve

gebildet hat, auf die Stimmung der Gegner nicht ohne Einfluß bleiben. Ihre Phantasie wiegt sich heute in Vorstellungen von einer Koalition der weißen Rasse, einer wahren Weltkoalition gegen das Deutsche Reich — und würde das, was Wilson von den übrigen Neutralen gesagt hat, seine Erfüllung finden, so wäre dieser Gedanke mehr als ein bloßer Traum.

Indes, die Wirkungen, die jetzt eingetreten sind, waten von der deutschen Reichsleitung vorausgesehen und in Rechnung gestellt. Mit dem Verzicht auf die guten Beziehungen zu Amerika hat sie den Preis gezahlt, für den allein sie sich die ersuchte Ware erkaufen konnte: nämlich die volle Freiheit ihrer Kriegsführung zur See. Will man in diesem Bilde fortfahren, so kann man sagen, daß der Preis gezahlt, die Ware aber erst auf dem Wege ist. Die nachteiligen Folgen der neuen Entschlüsse haben sich rasch eingestellt, die Vorteile, die sich die Reichsleitung von den neuen Methoden der Seefriedführung verspricht, können aber nicht von heute auf morgen in Erscheinung treten. Wahrscheinlich wird eine monatelange Entwicklung notwendig sein, um über die Wirkungen und Erfolge des verhänglichsten U-Boot-Kriegs Klarheit zu bringen.

Für die Beurteilung dieser Erfolge und Wirkungen ist es notwendig, die Absichten festzuhalten, die zur Erklärung der Seesperre führten. Ausgesprochen werden soll durch die Zufluß nach England und den Entente-Ländern noch mehr als bisher gewöhnt, und so vor allem England mit der gleichen Rute gezüchtigt werden, die es in seinem „Aushungerungskrieg“ gegen Deutschland gebunden hatte.

Kann die Seesperre in Verbindung mit Minen und wachungslosem U-Bootkrieg diesen Erfolg bringen?

Die Frage läßt sich am besten nach der Wirkung beurteilen, die schon bisher der U-Bootkrieg auf den Handelsverkehr der übrigen Entente-Länder ausübt. Tatsächlich ist heute, wie die Ausfälle der englischen Handelspreise beweisen, die Aufrechterhaltung der englischen Schifffahrt und Lebensmittelfuhr

Englands größte und schmerzlichste Sorge.

Zeit wichtiger für die britische Herrschaft als Siege an der Sommerfront oder sonst irgendwo auf dem europäischen Kontinent; denn die Fortsetzung des Krieges in seiner jetzigen Ausdehnung ist England und seinen Verbündeten nur möglich, wenn ersteres einen genügenden Schiffsverkehrsverkehr zwischen sich und den andern Seemächten zu unterhalten vermag. England selbst

braucht dringend die stetige Zufuhr neuer Nahrungsmittel, und ebensowenig vermögen Frankreich und Italien die ständige Heranschaffung von Kohlen, Eisen und Lebensmitteln zu entbehren, wenn ihre Bevölkerung ernährt, ihre Munitionserzeugung und ihr Eisenbahndienst fortgesetzt werden soll. Und selbst Russlands Kriegsführung wäre lahmgelegt, wenn ihm die Zufuhr von Munition, Waffen und Chemikalien aus den Ententeländern völlig abgeschnitten werden könnte.

Englands Handelsflotte — ohne die Schiffe der britischen Kolonien — belief sich vor Kriegsbeginn auf nicht ganz 19,3 Millionen Brutto-Registertonnen. Von Beginn der Kriegszeit bis Ende September vorigen Jahres hat nach den Angaben des Admiralsstabes der deutschen Marine die Entente durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte insgesamt

4621000 Registertonnen an Handelschiffraum verloren, davon kommen ungefähr 3 Millionen Tonnen auf England. Es beträgt also die Abnahme der englischen Tonnage mehr als 15 Prozent. Indes hat England nicht nur die erbeuteten und beschlagnahmten deutschen Schiffe in Besitz genommen und in Dienst gestellt, es hat auch manche fremden Schiffe angekauft, und außerdem in letzter Zeit seinen Schiffsbau beträchtlich beschleunigt. Während im ersten Vierteljahr 1916 nur 67 Schiffe mit einem Raumgehalt von 80161 Brutto-Registertonnen in England vom Stapel liefen, sind im dritten Vierteljahr 1916 bereits 86 Schiffe mit 192267 Brutto-Registertonnen vom Stapel gelassen und zugleich sind 320126 Registertonnen neu auf Stapel genommen. Diesen Zugang an neuen Schiffsraum mitgerechnet, beträgt der Gesamt-Tonnenverlust Englands nur zwischen 4 und 5 Prozent seines Schiffsbestandes vor Kriegsbeginn.

Das scheint recht wenig zu sein; es kommt aber in Betracht, daß unter den wieder in Dienst gestellten Schiffen sich manche alte Schiffe befinden, die nur notdürftig repariert worden sind, und nicht die gleiche Leistungsfähigkeit besitzen wie viele der versenkten und der von der englischen Admiralität als Hilfskreuzer oder für den militärischen Transportdienst requirierten Schiffe. Ferner aber hat die englische Admiralität nach und nach zwanagsweise so viele englische

Schiffe für Kriegszwecke beschlagnahmt,

daß deren Gesamttonnage heute sicherlich 8,5 Millionen Brutto-Registertonnen übersteigt. Von einzelnen Sachverständigen wird er sogar auf 9 Millionen Tonnen geschätzt. Es verbleibt also für den privaten Frachtdienst nur ungefähr die Hälfte des Schiffsraums, der England vor dem Kriege zur Verfügung stand

Dazu kommt weiter, daß die deutsche und österreichische Handelsmarine heute aus dem Weltverkehr fast völlig ausgeschaltet ist. Der Anteil dieser Flotte an der Welthandelsflotte betrug aber vor dem Kriege fast 14 Prozent, und dürfte selbst heute nach den großen Schiffsverlusten noch immer gegen 11 Prozent betragen. Außerdem hat auch die Schifffahrt der neutralen Staaten durch Minenexplosionen und durch Versenkungen ungefähr 900000 Registertonnen verloren, die jedoch durch neue Schiffsbauten mehr als reichlich ersetzt worden sind.

Wie dieser Schiffsverlust auf den Handelsverkehr mit England wirkt, zeigt die Tatsache, daß, obgleich der Frachtdienst zwischen den neutralen Staaten und Frankreich nebst Italien jetzt größtenteils über englische Häfen geht, und ferner England diese Länder mit Kohlen und überseeischen Lebensmitteln zu versorgen hat, doch im letzten November der Raumgehalt der in britischen Häfen angelangenen Schiffe aller Nationen nur 2555503 Brutto-Registertonnen betragen hat, 432065 Tonnen weniger als im November 1914 und 385625 Tonnen weniger als im gleichen Monat 1915.

Die Folge dieser Abnahme des Schiffsverkehrs ist, daß auch in England die

Lebensmittelpreise steigt

und bereits die Preise für eine ganze Reihe von Lebensmitteln einen höheren Stand erreicht haben als in Deutschland. Vornehmlich gilt das für Getreide, Mehl, Brot, Kartoffeln, Zucker, Milch usw.; doch stehen selbst die Rohlebenspreise jetzt teilweise höher als in Deutschland.

In welchem Maße die Preise in England für eine Reihe der wichtigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe während der Kriegszeit gestiegen sind, zeigt deutlich die von der „Times“ in ihrer Nummer vom 19. Januar 1917 veröffentlichte „Jährliche Finanz- und Handelsübersicht“, der die folgenden statistischen Angaben entnommen sind.

Es kosteten im Großhandel (ein englisches Pfund = 454 Gramm, 9 deutsche Pfund ungefähr gleich 10 englische Pfund):

	31. Dezember 1916	31. Dezember 1915	31. Dezember 1913
Weizen: Englischer für 480 englische Pfund	75 sh. 10 d.	54 sh. 9 d.	31 sh. 1 d.
Manitoba Nr. 2 für 496 englische Pfund	81 „ „	65 „ 6 „	34 „ „
Mais: La Plata für 480 englische Pfund	66 „ 6 „	46 „ „	24 „ „
Gerste: Englische für 400 englische Pfund	67 „ 5 „	47 „ 5 „	26 „ 2 „
Safer: Englischer für 312 englische Pfund	47 „ 4 „	30 „ 10 „	18 „ 2 „
Mehl: Hausbacksmehl für 380 englische Pfund	59 „ „	50 „ „	26 „ 6 „
Reis: Rangoon-Reis, pro Zentner = 112 engl. Pfd.	19 „ 9 „	14 „ 9 „	7 „ 9 „
Zucker: Stückenzucker pro Zentner	47 „ 1 „	40 „ 6 „	17 „ 9 „
Butter: Dänische pro Zentner	219 „ „	153 „ „	131 „ „
Britische pro Zentner	208 „ „	143 „ „	114 „ „
Käse: Gew. Cheddar pro Str.	138 „ „	101 „ „	82 „ „
Rindfleisch: Englisches, pro 8 Pfund	8 „ 4 „	5 „ 7 „	4 „ 2 „
Argentinisches, gefälscht, pro 8 Pfund	7 „ 2 „	6 „ 2 „	3 „ 4 „
Speck: Preisler, pro Zentner	118 „ „	100 „ „	74 „ „
Dänischer, pro Zentner	118 „ „	101 „ „	72 „ „

Vergleicht man die Großhandelspreise vom Dezember 1913 mit denen vom Dezember 1916, so ergibt sich, daß die Preise für die verschiedenen Getreidesorten nahezu auf das Zweieinhalbfache, für Fleisch und Butter auf das Doppelte für Zucker fast auf das

Dreifache des Preises vor dem Kriege

gestiegen sind. Und im ähnlichen Maße sind die Preise im Kleinhandel emporgeschossen. In London kostet heute, wenn man 1 Pfund Sterling = 20,40 Mark rechnet, ein deutsches Pfund (500 Gramm) Brot 26 Pfg., 1 Pfund gewöhnliches Weizenmehl 44 bis 46 Pfg., 1 Pfund Butter 2,90 Mark, 1 Pfund Zucker 55 Pfg., 1 Pfund englisches Rindfleisch 1,50 Mark, 1 Liter Milch 50 Pfg.

Diesen Stand haben schon jetzt unter dem bisherigen Unterseebootkrieg die Lebensmittelpreise in England erreicht. Wird jetzt über England die Seesperre energisch durchgeführt, so werden bald die Preise noch weit höher emporschnellen, die Lebensmittelmöte also für die englische Bevölkerung noch wesentlich steigen.

Gleichzeitig aber werden die noch neutralen europäischen Staaten, die auf Schifffahrt und Einfuhr angewiesen sind, erheblich gekostet. Sie werden so gewissermaßen automatisch gezwungen, nach einer Seite Stellung zu nehmen. Ob sie sich entschließen können, die deutschen Beweggründe anzuerkennen, vermag man nicht vorauszusagen. Die bisherigen Erfahrungen ermuntern nicht gerade zu dieser Annahme.

Inzwischen hat die schon erwähnte

Beschlagnahme deutscher Dampfer

in Amerika ein neues Moment in die Erörterung geworfen. Wie bereits einem Teil unserer Leser berichtet werden konnte, sind in Boston der deutsche Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“, in Panama vier Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, die sich dort seit Kriegsausbruch befinden, mit Beschlag belegt worden. Weiter wird gemeldet, daß die deutschen Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ und „Gitel Friedrich“, die in der Marinewerft zu Philadelphia interniert waren, auf Befehl des Marineministers mit Beschlag belegt wurden. Die Besatzungen wurden gelandet und in Baracken geführt. Ebenso wurde das deutsche Freischiß „Appam“ beschlagnahmt und die Mannschaft interniert.

Ob es sich um eine einheitliche Anordnung der amerikanischen Regierung handelt oder nur um Akte von

Lokalbehörden, läßt sich nach den Neutermeldungen noch nicht beurteilen. Die Frage drängt sich auf,

wieviel deutsche Schiffe

auf solche Art den Amerikanern in die Hände fallen könnten. Berliner Blätter geben folgende Zusammenstellung:

Die „Kronprinzessin Cecilie“ ist bekanntlich eins der neuesten und größten Schiffe des Norddeutschen Lloyd, ein Schiff von 19503 Tonnen. Bei Ausbruch des Krieges war die „Kronprinzessin Cecilie“ auf der Reise von New York nach Bremerhaven, kehrte aber rechtzeitig um, entging den verfolgenden englischen Schiffen und lief unverletzt mit ihrer reichen Ladung, die zum Teil in Goldbarren bestand, in den Hafen von Boston ein.

Außer der „Kronprinzessin Cecilie“ liegen noch elf Dampfer des Norddeutschen Lloyd in amerikanischen Häfen, darunter, als größter, der „George Washington“ mit 25570 Tonnen (in New York), der „Kaiser Wilhelm 2.“ mit 19361 Tonnen, und der „Große Kurfürst“ mit 13102 Tonnen, beide gleichfalls in New York. Im ganzen haben die zwölf Dampfer des Bremer Lloyd 147887 Tonnen.

Noch stärker beteiligt ist die Hamburg-Amerika-Linie, nämlich mit nicht weniger als 35 Dampfern, von zusammen 248500 Tonnen. Diese gehören der im New Yorker Hafen liegende „Sater“

Land“, 51282 Tonnen, die „Amerika“, 22622 Tonnen, im Hafen von Boston, der „Präsident Lincoln“, 18180 Tonnen, und der „Präsident Grant“, mit 18060 Tonnen, im Hafen von New York, „Cincinnati“, mit 16339 Tonnen, im Hafen von Boston.

Außerdem liegen acht Dampfer der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, mit zusammen 48728 Tonnen, in amerikanischen Häfen. Die Gesamtziffern betragen danach: 55 deutsche Dampfer mit 441916 Tonnen.

Es wäre demnach eine

recht ansehnliche Beute,

die sich die Amerikaner als „Unterpfang“ zu sichern suchen. Nur bleibt fraglich, ob ihnen diese Sicherung gelingt. Denn wiederum bringt Neuter, der jetzt nur noch die einzige Nachrichtenquelle für überseeische Dinge darstellt, Mitteilungen, wonach sowohl die „Kronprinzessin Cecilie“ als auch andre deutsche Dampfer durch ihre Besatzung seeräuberisch gemacht worden seien. Die Maschinen sind ruiniert, die Reserveteile über Bord geworfen, zum Teil ist unter die leeren Kessel Feuer angelegt, um die Maschinen ganz unbrauchbar zu machen. Das in den Philippinen internierte

deutsche Kanonenboot „Geier“ soll sogar direkt in Großbritannien gefloht sein.

Inzwischen bereitet sich Amerika auf alle Möglichkeiten vor, indem es sich

Gesetze für den Kriegszustand

gibt. Die Senatskommission hat siebzehn Gesetze in Würfe angenommen, die die Bekämpfung von Neuterkriegsverletzungen erleichtern sollen. Auf Schriftfälschung und falsche Erklärungen zum Zwecke, sich in den Besitz eines falschen Passes zu setzen, wird eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren gesetzt. Brandstiftung, Zerstörung von Maschinen oder Legen von Bomben auf amerikanischen Schiffen wird mit 10 Jahren Gefängnis bestraft. Mit andern Worten es werden solche gesetzlichen Bestimmungen geschaffen, bei uns den Namen Belagerungszustand deuten.

Alle die sich überstürzenden und häufig einander widersprechenden Nachrichten deuten übereinstimmend darauf hin, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ein Vorzeichen kommender Ereignisse war. Das deutsche Volk ist nunmehr in der Zwangslage, sich auch auf ein Nachrichten einrichten zu müssen. —

Der Fehler.

Der bekannte Historiker Prof. Friedrich Meinecke hat in einem Aufsatz über die Reform des preussischen Wahlrechts, den er soeben in den Braunschen Annalen veröffentlicht, einen der empfindlichsten Punkte der deutschen Kriegspolitik berührt.

Ein so ungeheurer Kampf, wie ihn das deutsche Volk nun seit 2½ Jahren zu führen hat, kann nicht geführt werden ohne seelischen Aufschwung. Auch die Regierung war sich zu Beginn des Krieges über die psychologischen Voraussetzungen dieses Kampfes klar, und oft hörte man verheißungsvolle Worte von der kommenden Freiheit und von dem Mut und Muth, der hinweggeräumt werden müsse. Das Wort von der Neuorientierung wurde geträgt, aber es blieb eine Ueberschrift, zu der von einigen Journalisten Reden absehen jeglicher Text fehlte:

Preußen blieb, was es war.

Was Preußen während des Krieges gewesen ist, darüber wird erst in späterer Zeit eine unbefangene Geschichtsschreibung zu urteilen haben. Niemand verkümmert, daß ein Teil jener Stärke, die das Deutsche Reich in seinem Existenzkampf entwickelte, aus den Wurzeln des preussischen Staates herorgegangen ist. Aber was vom alten Preußenamt wertvoll gewesen ist — der Geist organisatorischer Ordnung und der Einordnung ins Ganze —, ist längst ins Erbe des Reiches übergegangen. Was Preußen darüber hinaus in „Eigenart“ bewahrt hat, ist nicht wert, aufbewahrt zu werden.

Die eigenartige Konstruktion der preussischen Staatsverwaltung hat sich für eine demgegenüber zentrale Lebensmittelpunkt des Reiches als ein Hindernis erwiesen. Der berühmte Hindenburg-Brief an Desjardins über die Selbstversorgung der Schwerarbeiter war im tiefsten Grunde ein Symptom der dauernden Gegensätze, die zwischen der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Reichsleitung auf der einen Seite und den Staatsverwaltungen, vor allem der preussischen Staatsverwaltung, auf der andern Seite bestanden. Der schon so oft

vor dem Kriege ironisierte Gegensatz zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten hat im Krieg eine ungeahnte Verschärfung erfahren. Hier kann man nicht mehr sagen, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte Hand tut, sondern was die linke tut, sucht die rechte zu verhindern. Der Gegensatz zwischen dieser Staatsverwaltung, die auf dem Grunde einer agrarisch-industriellen Interessensvertretung ruht, und der Reichsleitung, die, von Not gezwungen, die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen bemüht sein muß, liegt offensichtlich zutage.

Und immer noch hat der Reichsleitung der Mut zur entscheidenden Tat gefehlt. Zu tief sind alte Vorurteile eingewurzelt und zu groß ist der Scheitervorbehalt im Lande, als daß man sich zu dem Schritt entschließen könnte, den, wie man wohl weiß, die überwältigende Mehrheit des Volkes längst erwartet und fordert. Während Welken zu fürzen drohen, bleibt in Preußen alles beim alten.

Als Historiker hat Friedrich Meinecke die Bedeutung dieser Zusammenhänge erfasst. Aber als deutscher Professor vermag er sich dennoch auch heute noch nicht von der Schwächlichkeit des Einseitig-Andererseits freizumachen. Nachdem er zwei Bogen einer glänzenden historischen Abhandlung dazu verwendet hat, um der Regierung die Notwendigkeit „heroischer Entschlüsse“

hinzuzumachen, kommt er auf dem letzten Blatte zu dem Vorschlag, ein Putschrecht nach den Vorschlägen des Herrenhausbildungsreferats einzuführen. Militärdienst, Kinbezahl, Staatsanstellung, Klassenleistungen, Steuerbeiträge sollen die Veranlassung zur Abgabe von Mehrstimmen verleihen bis zur Verwirklichung der Rechte eines „gewöhnlichen“ Staatsbürgers. So bietet Meinecke an sich selbst ein Beispiel der ungeheuren Schwierigkeiten, die die Neuorientierung in Preußen zu überwinden hat. Selbst bei gutem Willen reicht es doch nicht für ganzen Tat.

Die Presse der Reiches hat den Aufruf des sonst von ihr geleiteten Historikers bisher einfach totgeschwiegen. Es

kann ihr natürlich nichts Unangenehmeres passieren, als die Diskussion über die preussische Wahlreform wieder in Rollen kommt. Sie hat stets den Standpunkt vertreten, den

Kriegspolitik und Wahlrechtsfrage

gar nichts miteinander zu tun hätten. Das entspricht ganz ihrer parteimäßigen Auffassung von der Staat autorität, die ihre Untertanen zum Rechts zwingt, ob ihnen eine freie Ueberlegung dessen, was recht ist, zu statuten.

Die konservative Presse kann vielleicht sogar noch haben mit ihrer Meinung, daß das preussische Dreiklasswahlrecht der deutschen Kriegführung bisher keinen Schaden zugefügt hätte. Ist das aber richtig, so ist es nur ein hohes Lob für die politische Einsicht des deutschen Volk die Wichtigstes von Wichtigem zu unterscheiden vermögen und darum die große Aufgabe der nationalen Verteidigung weit über alles andre stellt. Aber es ist keine Entscheidung für diejenigen, deren Aufgabe es war, alle seelischen Kräfte der Nation ohne Hindernis und Ablenkung auf eine große Ziel zu konzentrieren, — und wenn sich das deutsche Volk in schwerster Zeit bewährt hat, dann hat sie in schwerster Zeit versagt. Gewiß, das preussische und das deutsche Volk hat nur getan, was selbstverständlich war, aber die preussische Regierung hat eben nicht getan, was unter den gegebenen Umständen das Selbstverständliche für sie sein mußte.

Auch die gutgemeinten Ratschläge Meineckes werden daran nichts ändern. Und für das Unabgeschlossene ein jedes abgestuften Pluralwahlrechts danken wir. Das jetzt von oben nicht gegeben wird, das wird nach dem Krieg von unten her geholt werden. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen ist eine Notwendigkeit, und wird als solche allgemein anerkannt werden an dem Tag, an dem die Feldgrauen in Massen aus den Schlängengrüben zurückkehren. An dem Ergebnis wird also nichts geändert. Aber daß die Regierung es verstanden hat, zur rechten Zeit das Rechte zu tun, das wird für alle Zeit ihr Schuld sein. —

Was der Krieg bringt.

Kämpfe an Ancre und Somme.

Der deutsche Tagesbericht vom Montag konnten wir nicht allen unsere Lesern zugänglich machen, weshalb wir ihn hier wiederholen:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Frontengrenze: Ancre und Somme.

Von Ancre bis zur Somme herrschen bei weitem die besten Verhältnisse in einzelnen Abschnitten auch im Westen.

In der Gegend von Ancre wurde den Engländern der größte Teil der Gärten durch von Neuem wieder entzogen; dabei wurden etwa 100 Gefangene in unsere Hände.

Während der letzten 24 Stunden sind wir wiederholt durch die Luft mit Granaten beschoßen worden, wobei mehrere Soldaten verletzt wurden. Die Beschießung ist jedoch von der Luft aus durch Granaten aus dem Hinterland nicht zu erklären.

Zwischen der Somme und der Gegend von Ancre sind die Verhältnisse von der Luft aus durch Granaten aus dem Hinterland nicht zu erklären.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalobermarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

In der Gegend von Ancre wurde den Engländern der größte Teil der Gärten durch von Neuem wieder entzogen; dabei wurden etwa 100 Gefangene in unsere Hände.

Während der letzten 24 Stunden sind wir wiederholt durch die Luft mit Granaten beschoßen worden, wobei mehrere Soldaten verletzt wurden. Die Beschießung ist jedoch von der Luft aus durch Granaten aus dem Hinterland nicht zu erklären.

Zwischen der Somme und der Gegend von Ancre sind die Verhältnisse von der Luft aus durch Granaten aus dem Hinterland nicht zu erklären.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalobermarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

In der Gegend von Ancre wurde den Engländern der größte Teil der Gärten durch von Neuem wieder entzogen; dabei wurden etwa 100 Gefangene in unsere Hände.

Der Seekrieg.

Schwedischer Dampfer von England beschlagnahmt. Das schwedische Dampfschiff „Ara Dagligt Allehand“ wurde von der schwedischen Zerstörerflotte beschlagnahmt. Die schwedische Zerstörerflotte beschlagnahmt. Die schwedische Zerstörerflotte beschlagnahmt.

Freigelegte Amerikaner. Die die Berliner Nachrichten werden, hat die 72 Amerikaner, die auf dem britischen Dampfschiff „Patriarch“ eingeschleppt worden waren, von den britischen Zerstörern freigelegt. Die Leute können gleichmäßig erklärt, es sei ihnen bei der Anwesenheit unbekannt gewesen, daß Deutschland beschlagnahmte Handelsschiffe als Kriegsschiffe betrachte.

Verhaftet wurden die französischen Dampfschiffe „Lyon“ und „Delone“, der italienische Dampfer „Anna Montana“, die norwegischen Dampfer „Luna“, „Kobba“ und „Gelle“, das russische Dampfschiff „Kamchatka“ und die holländische Schiffe „Suzanna“.

Täglich eine Million...

Der Kaiser „Mittel“ veröffentlicht den Bericht eines neuen Journalisten über die gewaltigen Anstrengungen Deutschlands zur Verwirklichung seiner Artillerieambitionen. Der Journalist, der eigentlich deutsche Artilleriewerkstätten besucht hat, schreibt folgende Sätze:

Anstrengung haben die Deutschen mit aller Kraft die Entschleunigung dieses Jahres und möglichst noch vor dem Herbst erlangen. Was ich mit meinen eigenen im süd-deutschen Kriegswerkstätten gesehen habe, läßt nicht ohne einige Augenblicke daran zweifeln, daß die Feinde der Weltmacht der deutschen Artillerie den entscheidenden Schlag verfehlen werden.

ten, der seit Kriegsbeginn auf irgendeinem Punkte der Front führt worden ist. Wohin ich auch kam, und ich konnte etwa Tausend Kriegswerkstätten in Augenschein nehmen, konnte ich merken, daß die Deutschen besonders an den kleineren 75-100ern und den 210-Millimeter-Granaten arbeiten. Das darauf schließen, daß die Deutschen überzeugt davon sind, die Wiederaufnahme der Bewegungsfreie sei nicht mehr fern.

Überall wurde mit Hochdruck gearbeitet, und alle erdenklichen Anstrengungen werden gemacht, um artilleriisches Material in ungeahnten Mengen fertigzustellen. Früher wurden nur handverlesene Kanonen zu dem weit von der Front liegenden Artilleriepark oder auch gleich in die Österei geschickt. Heutzutage läßt man sie in unmittelbarer Nähe der Front, oft bei der Batterie, und nur das abgenutzte Stück wird an Ort und Stelle ausgewechselt. Jede Wache werden ganze Magazine mit Kanonenrohren jeglichen Kalibers an die Front transportiert, und ähnlich verfährt man mit den Lafetten. Durch diese Verfahren wird offenbar sehr viel Zeit erspart.

Um die Männer soweit wie möglich für die Schweißarbeiten verwenden zu können, hat man in Deutschland den Frauen eine eingehende und ausführliche Unterweisung gegeben, daß sie die Werkstätten und aber Hunderte in den Kriegswerkstätten die schweißarbeiten und feinsten Präzisionsarbeiten ausführen. In Baden zum Beispiel arbeiten zehntausend Frauen und nur hundert zwanzig Männer. Vielfach glaubt man, daß alle diese Frauen aus purem Patriotismus täglich 12 Stunden in den Werkstätten arbeiten. Das ist aber natürlich bloß eine Fiktion. Deshalb ist die industrielle Kraftleistung des deutschen Volkes, mit der es im kommenden Herbst die Feinde des Friedens zu distanzieren hofft, doch nicht minder wichtig.

Es sind das Anstrengungen, die nicht beachtet werden dürfen. In den Verhandlungsstaaten scheint man über diesen Stand

Dinge auf dem laufenden zu sein und ihr nicht zu fürchten. Dann um so besser. Ich möchte aber doch diesen Artikel nicht schließen, ohne einen Satz wiederzugeben, den ich aus dem Munde eines der Direktoren der Bayerischen Artillerie-Werkstätten in München habe. Als ich ihn nämlich fragte, zu welchem bestimmten Zwecke dies ganze riesenhafte Material aufgespeichert würde, antwortete er: „Damit wir unseren Feldgrauen an der Front so schnell wie möglich täglich eine Million aller Kaliber zuschicken können.“

Wenn die Wiedergabe dieser Schilderung in der französischen Presse auch nur zu dem Zweck erfolgt, um auch die Franzosen zu äußerster Kraftanstrengung aufzuwecken, so entbehrt sie doch auch für deutsche Leser nicht des Interesses.

Die Nemesis.

Gerade ein Jahr ist es her, seit Mannschaft und Kapitän des englischen Fischdampfers „King Stephen“ der Welt bekannt wurden. Sie hatten am 2. Februar 1916 die hilflose Mannschaft des auf See verunglückten deutschen Lustschiffes „L 19“ ruhigen Gemüts ertrinken lassen, obwohl sie in unmittelbarer Nähe des Wracks waren. Die Hülfsrufe der in Seenot befindlichen rührten das britische Herz nicht. Als die Gesellschaft in England ankam, wurde ihr Verhalten zwar von einem Erzbischof in einer Predigt gelobt, während es allerdings auch Stimmen gab, die es als wenig ehrenvoll bezeichneten, Schiffbrüchige ihrem Schicksal zu überlassen. Darauf erfolgte die Erklärung, die Zahl der Schiffbrüchigen sei größer gewesen als die der Bemannung des „King Stephen“, und so hätte der Kapitän es nicht wagen dürfen, sie an Bord zu nehmen.

Die beste Antwort darauf gab das Verhalten der deutschen Seeleute. Sie zeigten, daß man auch sehr große Zahlen von Gefangenen aufnehmen und transportieren könne. Der deutsche Fischdampfer, der im Mai 1915 vor Zeebrügge die Verjagung des bernichteten englischen Zerstörers „Maori“ aufnahm und damit vierfache feindliche Hebermacht an Bord sah, hat es gelehrt. „Albatros“, „Westburn“, „Sudjon Maru“, „Jarrowdale“ haben es gezeigt.

Der bewaffnete Fischdampfer „King Stephen“ ist späterhin von deutschen Seestreitkräften in der Nordsee genommen und in einen deutschen Hafen gebracht worden. Mannschaft und Kapitän waren wohl andre Personen als die, die dem Untergang des „L 19“ beizuhilfen. Doch hat jetzt den schuldigen Kapitän eine furchtbare Strafe getroffen. Wir wir dem Amsterdamer sozialistischen Blatte „Het Volk“ entnehmen, ist dieser Kapitän schwer geisteskrank geworden. Er sieht sich von Deutschen umlauert, die ihm nach dem Leben trachten, um ihre Brüder zu rächen. Der Verfolgungswahn des Menschen hat einen solchen Grad erreicht, daß sein Leben in Gefahr ist.

Rohlenpreise und Arbeiterlöhne.

Alle Register haben die Bergwerksbesitzer aufgezogen, um den Nachweis zu führen, wie nötig die geplanten und schließlich am 1. Januar 1917 durchgeführten Rohlenpreissteigerungen waren. Neben zahlreichen Gründen für diese Erhöhung wurde ganz besonders auf die Steigerung der Bergarbeiterlöhne hingewiesen. Dazu schreibt die „Bergarbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer:

Die Bergwerksbesitzer haben ihren Zweck erreicht und mit der Preiserhöhung vom 1. Januar 1917 an ihre vierte Preissteigerung während des Krieges durchgedrückt. Bei Beginn des Krieges setzte das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat die Preise für Verkäufer an neue Abnehmer um 2 oder 3 Mark pro Tonne in die Höhe; vom 1. April 1915 an wurden allgemein die Richtpreise für Kohlen und Bricketts um 2 Mark erhöht: für A-Rohlen ermäßigte man den Preis um 1,50 Mark. Am 1. September 1915 stiegen die Richtpreise für Kohlen und Bricketts abermals um 1 Mark, die A-Rohlen um 1,25 Mark und A-Koks um 2 Mark. Am 1. April 1916 trat nochmals eine Preiserhöhung für Kohlen von 1,50 Mark, für Bricketts von 0,50 Mark, für A-Koks von 1 Mark ein.

Damit gaben sich die Werksbesitzer aber immer noch nicht zufrieden. Ihre Bemühungen, weitere Preiserhöhungen durchzudrücken, waren weiter von Erfolg gekrönt, und so stiegen am 1. Januar 1917 die Richtpreise für Kohlen um weitere 2 Mark, für A-Koks um 3 Mark und für Bricketts um 3,25 Mark! Das ist seit Kriegsbeginn eine Gesamtsteigerung für Kohlen pro Tonne um 6,50 Mark, für A-Koks um 4,50 Mark und für Bricketts um 6,50 Mark. Die letzten Richtpreise vor dem Kriege 1913/14 betragen für:

Förderkohle	12,00	Mark
Besterte Förderkohle	12,60	„
Stückkohle I	14,00	„
Gemischte Auz I-IV	13,75—14,25	„
Gasflammförderkohle	12,50	„
Gasstückkohle	13,25—14,00	„
Gew. Stamm-Auzkohle I	13,75—14,25	„
Sp-förderkohle	11,50	„
Bestimmerte Förderkohle	13,00	„
Sp-Auz I-IV	14,00—17,75	„
Mager-förderkohle	11,25—11,50	„
Mager-Auz I-IV	14,00—18,25	„
Ambragat-Auz I-II	14,00—24,75	„
Koksarten	13,25	„

Bei Förderkohle und einigen andern Sorten betrug demnach die Steigerung der Preise rund 50 Prozent, bei den andern Sorten 30 bis 40 Prozent. Weniger, aber doch genug war die Steigerung für A-Koks. Im Winter 1912/13 betrug der Preis für Hochofenkoks 17,50 Mark, Gießereikoks 18 Mark, Brechkoks 20 Mark; im Winter vor dem Kriege dürfte kein Unterschied gewesen sein. Dagegen waren die Preise — es handelt sich um Sonnen-Richtpreise des Syndikats — Ende 1916: Brechkoks I 21 Mark, Brechkoks IIa 22 Mark, die drei Sorten Hochofenkoks 17, 18 und 19 Mark.

Es muß hier festgehalten werden, daß die wirklichen Preise für Verbraucher natürlich höher

sind. Gegen diese weit über die Steigerung der Richtpreise hinausgehende Steigerung der Verbraucherpreise ist in letzter Zeit eine lebhaftere Bewegung entstanden, hier und dort hat man denn auch zu Gegenmaßnahmen gegriffen. Vergleichszahlen für Ende des Jahres 1916, soweit sie die vorstehende Preistabelle für Kohlen 1913/14 angehen, liegen uns zurzeit nicht vor. Aber schon die angeführten Zahlen geben uns einen Aufschluß über den Stand und die Entwicklung der Kohlenpreise und die Preise für A-Koks und Bricketts.

Diesen Steigerungen gegenüber steht eine Lohn-erhöhung für die Bergarbeiter im Ruhrgebiet vom 1. Kriegs-Vierteljahr 1914 bis zum 3. Vierteljahr 1916 (neure Zahlen liegen noch nicht vor) für alle Arbeiterklassen von 5,07 Mark auf 6,57 Mark und für die eigentlichen Bergleute eine solche von 6,08 Mark auf 8,50 Mark vor. Das ist für alle Bergleute eine Lohnsteigerung von 1,50 Mark und für die eigentlichen Bergleute eine solche von 2,42 Mark. Die Kohlenpreise sind also um das Doppelte mehr als die Bergarbeiterlöhne gestiegen. Die Bergleute als die schuldigen Priigelungen für den Kohlenwucher vors Loch zu schieben, geht demnach schlecht an; am allerwenigsten, wenn man die Ansprüche bedenkt, die heute an die Leistungsfähigkeit der Bergleute gestellt werden, und wenn man beachtet, daß die Steigerung der Löhne weit hinter der Steigerung der durch den Krieg, hauptsächlich aber durch den Wucher hervorgerufenen Lebenshaltungskosten zurückbleibt.

Angelernt.

Professor Dr. Leidig, früher Sekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller und als nationalliberaler Abgeordneter bis zum Kriege einer der erbittertesten Feinde aller Arbeiterrechte, hat sich durch die Kriegserfahrungen eines Besseren belehren lassen. Jetzt schreibt er:

Eine Säule der Kriegswirtschaft ist die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die industrielle. Sie hat sich in den ersten Tagen des Krieges in den vaterländischen Dienst gestellt. Ohne die Arbeiter hätte der Krieg nicht weitergeführt werden können. In den Frieden hinein müssen wir die Zusammenarbeit hinübertragen. Wir sprechen mit Stolz von unsern deutschen Frauen, die Tag und Nacht in der Fabrik stehen und die Arbeit ihrer Männer und Söhne übernommen haben.

Deutschlands Rettung, so schließt Leidig aus diesen Sätzen, kann nur durch diese sittlichen Kräfte im deutschen Volk erreicht werden, und niemals kann Deutschland blühen, wenn nicht alle seine Stände an der Arbeit daran mitwirken.

Die Arbeiterschaft kann sich naturgemäß auf die bessere Einsicht einzelner nicht verlassen, sondern muß dafür sorgen, daß in starken Organisationen ihre Macht wächst. Aber nichtsdestoweniger begrüßen wir derartige neue Erkenntnisse bei früheren Gegnern und hoffen, daß sie bereit sein werden, daraus die nötigen Folgerungen zu ziehen.

Winterkälte und Massenpeisung.

Die Ernährungsschwierigkeiten und die strenge Winterkälte haben überall die Teilnahme an den Kriegsschlachten der Städte und Gemeinden stark empirisch machen lassen — teilweise so stark, daß die von den Gemeinden getroffenen Einrichtungen hier und da zunächst nicht ausreichen. In einem Erlaß an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und die Regierungspräsidenten hat der Minister des Innern eine Reihe neuer Grundzüge für die Massenpeisung durch die Gemeinden ausgehellt. In diesem Erlaß wird gleichfalls Wert darauf gelegt, daß alle Gemeinden, in denen hierzu ein Bedürfnis vorliegt oder im Laufe des Winters eintreten, baldigst Einrichtungen schaffen, die es ermöglichen, daß jedermann, der das Bedürfnis hiernach empfindet, aus öffentlichen Speisungen genügsame Speisung zu angemessenen Preisen beziehen kann. Die Aufschußbehörden haben zu diesem Zwecke, wo es erforderlich erscheint, die Errichtung entsprechender Einrichtungen, soweit sie noch nicht vorhanden sind, zu fordern. Bei der Regelung dieser Einrichtungen sind von den Gemeinden, nötigenfalls von den Aufschußbehörden, folgende Grundsätze zu beachten:

Für die staatliche Unterstützung der Einrichtung von Kriegsspeisehäusern bleibt der Erlaß des Ministers des Innern und der Finanzen vom 2. Dezember 1916 maßgebend. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Speiseausgabe der Kriegsspeisehäuser zu den Selbstkosten, ausgenommen den Kosten der ersten Einrichtung, erfolgen soll, so daß die Einrichtungen die Ausgaben decken.

Die Vereisigung zur Entnahme von Speisen darf in der Regel nicht an den Nachweis der Bedürftigkeit geknüpft werden. Die Ausgabe von Vereisigungsspeisen ohne Entgelt oder unter Preisnachlaß im Wege der Kriegsernährung, Kriegsmoßkulturspeisung, Armenfürsorge bleibt zugelassen. Die Gemeinden können je nach den Preisen verschiedene Arten von Kriegsspeisehäusern einrichten. Die Benutzung der einzelnen Arten soll in der Regel nicht an besondere Voraussetzungen gebunden sein. Die Gemeinden können an die Stelle gemeindlicher Einrichtungen private Unternehmungen, die den Vorschriften dieser Grundsätze entsprechen, als Kriegsspeisehäuser zulassen.

Die Entnahme der Speisen darf nur erfolgen gegen Ablieferung der Lebensmittelkarten nach Maßgabe des Umfangs der tatsächlich verabschiedeten Rationen. In jedem Fall ist darauf hinzuwirken, daß die Inrechnung der Lebensmittel in den Geschäftskassen nach den gleichen Grundsätzen wie in den öffentlichen Kriegsspeisehäusern erfolgt.

Eine Zwangsmassenpeisung will grundsätzlich auch der Minister des Innern nicht. Das entspricht der Auffassung des Kriegsernährungsamts. Der Minister will aber, daß die Gemeinden Einrichtungen schaffen, die es jedermann ermöglichen, an der Massenpeisung teilzunehmen. Der Magdeburger Magistrat will Loge: Personen mit über 6000 Mark Einkommen bekanntlich nur dazu teilnehmen lassen, wenn sie in einem Antrag nachweisen, daß eine besondere Notlage vorherrschet. Der Erlaß des Ministers weist aber auch wieder auf ein Rand in der Kriegswirtschaft hin: Die Staatsbehörden verlangen viel

von den Gemeinden, ihre praktische Unterstützung bei der Durchführung aller Maßnahmen ist aber zumeist sehr mangelhaft. Kriegsschlachten, die es jedermann ermöglichen, teilzunehmen, sind doch nicht denkbar ohne durchgreifende staatliche Maßnahmen für die Versorgung der Kriegsschlachten mit Rohmaterialien. Wo aber sind diese Maßnahmen? —

Ein russischer Seeresbericht.

Im russischen Seeresbericht vom 28. Januar heißt es: Am 25. Januar stellte sich bei einem unserer Gegenangriffe im Abschnitt des Trufsumpfer der Feldgecillische eines unserer Regimenter, Michael Dubiski, nachdem alle Offiziere kampfunfähig geworden waren, persönlich an die Spitze der Angreifenden und rief sie mit sich vorwärts. Da er selbst verwundet war, wurde er kampfunfähig. Am 19. Januar (Epiphaniastag) durchwanderte einer unserer Divisionsgecillischen, Grafpriester Kolmogoroff, in der Gegend von Labuzh am Schtscharafluß, die vorgehenden Schützengräben mit einem Kreuz und segnete die Truppen. Das vom Wegener eröffnete Geschütz- und Maschinengewehrfeuer hielt den Vater Kolmogoroff nicht auf. Eine der feindlichen Minen verwundete den tapfern Priester und den ihn begleitenden Soldaten tödlich. Dieser starb eine Stunde danach. Als Krankenträger herbeieilten, weigerte sich der Vater, verbunden zu werden. Er befehl, daß der Soldat vor ihm verbunden würde. Trotz des starken Blutverlustes gab der Priester dem an seiner Seite sterbenden Soldaten die letzte Begehrung, und erst als dieser fortgetragen war, ließ er sich verbinden. Der Vater war am gleichen Tag am Verbandspflanz der Division.

Solche Geschichtchen erzählt der russische Seeresbericht immer, wenn es sich als nötig erweist, dem Bauer die Einfalt zu stärken. Uebrigens: wenn wirklich ein Feldgecillischer handelte, wie dieser Dubiski gehandelt haben soll, würde er bei einer Gefangennahme hös ins Gedränge geraten können. —

Notizen.

Zur Nachwahl in Spandau-Osthavelland. Die Vertrauensmänner der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte haben, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, beschlossen, in Potsdam-Spandau-Osthavelland den Burgfrieden zu wahren und keinen eignen Kandidaten aufzustellen. Von den andern „bürgerlichen“ Parteien ist noch keine bestimmte Erklärung erfolgt, aber es besteht kein Zweifel darüber, daß sowohl die Nationalliberalen wie die Fortschrittliche Volkspartei ebenfalls auf die Auffstellung eignen Kandidaten verzichten werden. Die Wahl findet, wie bereits berichtet, am 13. März statt. —

Dünkirchen bombardiert. Ein deutsches Marineflugzeug belegte am 2. Februar abends, wie amtlich gemeldet wird, die Hafenanlagen von Dünkirchen erfolgreich mit Bomben. Ein in den dortigen Schuppen entflammender Brand war beim Rückflug noch weithin sichtbar. —

„Titanic“-Prozesse. In den „Titanic“-Prozessen, die vor einiger Zeit endgültig erledigt wurden, hat die White-Star-Linie einen Schadenersatz von insgesamt 138 000 Pfund Sterling bezahlen müssen. —

Unstimmigkeiten im französischen Ministerium. Als am Sonnabend in der Sitzung der französischen Kammer Guichard die sofortige Entlassung der Mannschaften des Jahrgangs 1888/89 verlangte, erhob sich Pariser Blättern zufolge Kriegsminister Hautech und erklärte, den Antrag nicht annehmen zu können, da derart der Armee 300 000 Mann entzogen würden. Er müsse seine Ablehnung verlangen und die Vertrauensfrage stellen. In der Kammer herrschte lebhaftest Aufregung. Der Antrag wurde schließlich mit 398 gegen 85 Stimmen abgelehnt. Trotz dieses Vertrauensvotums der Kammer mußte der Kriegsminister gleich darauf einen Beschluß hinnehmen, der sich gegen ihn wandte. Es handelte sich um einen Antrag des Sozialisten Syre-Ducnin, wonach die bisher zu Hilfsleistungen in den Spitälern verwendeten Geislichen zum Frontdienst herangezogen werden sollen. Dieser Antrag wurde entgegen den Ausführungen des Kriegsministers und des Berichterstatters des Seereschusses Maginat, die für Verlegung eintreten, mit 337 gegen 157 Stimmen angenommen. Große Aufregung herrschte, als Kriegsminister Hautech nach Kenntnisnahme dieser Abstimmung den Sitzungssaal verließ. Man telephonierte dem Ministerpräsidenten, dem es gelang, den Kriegsminister zur Ministerbank zurückzuführen. Damit scheint aber der Zwischenfall durchaus nicht erledigt, weil Briand und Hautech erfuhr, daß zwei Mitglieder des Kabinetts, der Minister des Innern Malon und der Unterstaatssekretär Dalmier sich der Mehrheit gegen den Kriegsminister angeschlossen hatten. Alle rechtsstehenden Blätter greifen Malon und Dalmier auf das heftigste an. Die nächste Donnerstag-Sitzung dürfte einen stürmischen Verlauf nehmen. —

Frostwetter im Kampfgebiet.

M. E. S. Großes Hauptquartier, 6. Februar 1917. (Eutlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Infolge bunzigen Frostwetters blieb die Tätigkeit der Artillerie und Flieger gering; nur zwischen Ancre und Somme war vorübergehend der Feuerkampf hart. Ein Erkundungsvorstoß im Somme-Gebiet, auf dem Fluß der Maas und an der Lotzbringer Grenze wurden über 30 Engländer und Franzosen und einige Maschinengewehre eingebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Von der Nigauer Küste bis zum Mündungsgebiet der Donau keine besondern Ereignisse.

Mazedonische Front:

Zeitweilig lebhaftes Feuer im Gernabogen und in der Strumaniederung.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depechen.

Admiral Fournet kaltgestellt.

M. E. S. Bern, 6. Februar. Honer Blättern zufolge ist Admiral Fournet seines Amtes enthoben und in den Ruhestand versetzt worden. —

